

Petition für Frieden: Forderungen an die Bundesregierung zum Gaza-Konflikt

Sieben Organisationen fordern in einer Petition die Bundesregierung auf, Waffenexporte nach Israel zu stoppen und die Hilfsblockade zu beenden.

Einsatz für humanitäre Hilfe in Gaza

Berlin (ots)

In der aktuellen Debatte um den Konflikt in Gaza haben mehrere renommierte Organisationen ihre Stimme gegen die Waffenexporte der Bundesregierung erhoben. Sie haben eine Petition ins Leben gerufen, die sich mit dem Titel „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“ an die Öffentlichkeit wendet. Der zivile Aufruf spiegelt die wachsende Besorgnis einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung wider, die angesichts der humanitären Krise in der Region handelt.

Humanitäre Krise und Forderungen

Aktuelle Zahlen zeigen, dass mehr als eine halbe Million Menschen in Gaza unter extremem Nahrungsmangel leidet. Die Wasserknappheit ist alarmierend: Pro Person stehen täglich weniger als fünf Liter Wasser zur Verfügung, was weit unter dem erforderlichen Minimum in Notsituationen liegt. Diese Tatsachen machen es unumgänglich, dass die Bundesregierung sofortige Maßnahmen zur Deeskalation ergreift. „Humanitäre Hilfe kann zwar Linderung schaffen, jedoch nicht die Verantwortung der

Politik ersetzen“, erklärt Serap Altinisik, Vorstandsvorsitzende von Oxfam Deutschland e.V.

Petitionsinhaber und Unterstützung

Die Petition wird unterstützt von sieben großen Organisationen, darunter bekannte Akteure wie CARE Deutschland e.V. und die ärztliche Friedensorganisation IPPNW. Diese Initiativen fordern eine grundlegende Änderung in der politischen Herangehensweise der Bundesregierung an die Situation in Gaza. „Die Rettung von Menschenleben muss oberste Priorität haben“, so Dr. Angelika Claußen von IPPNW.

Kritik an der Bundesregierung

Trotz zahlreicher dokumentierter Völkerrechtsverletzungen beabsichtigt die Bundesregierung, weiterhin Waffen nach Israel zu liefern. Tsafrir Cohen von medico international warnt: „Diese Politik gefährdet nicht nur die Glaubwürdigkeit Deutschlands auf der internationalen Bühne, sondern untergräbt auch die internationalen Standards der Strafverfolgung.“ Die Forderung nach einem sofortigen Stopp der Waffenexporte und der Unterstützung von Hilfsmaßnahmen wird unmissverständlich artikuliert.

Aufruf zur Deeskalation

In den Äußerungen der Petitionsinitiatoren wird klargestellt, dass die Bundesregierung aktive Schritte unternehmen soll, um einen Waffenstillstand zwischen Israel und den Palästinensern zu erreichen. „Statt die Flammen des Konflikts weiter zu schüren, sollte die Regierung alles dafür tun, um Frieden herzustellen und die Gewalt im Westjordanland zu beenden“, appelliert Gerold König von pax christi.

Schlussfolgerung

Diese Petition ist mehr als nur ein Dokument; sie ist ein Aufruf an die Regierung, Verantwortung zu übernehmen und dringend notwendige humanitäre Hilfe zu leisten. Die Stimmen der Organisationen und der Zivilgesellschaft verdeutlichen die Dringlichkeit, die Situation in Gaza zu verbessern und die humanitären Bedingungen zu beleuchten. Der Erfolg dieses Vorhabens hängt von der Entschlossenheit der Bundesregierung ab, sich für den Frieden und die Menschenrechte einzusetzen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de